

# Positionspapier zum 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung

## Präambel

Mit der Herausgabe des 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung<sup>1</sup> inmitten des alles beherrschenden Pandemiegeschehens wird eine Analyse erstellt und ein Ausblick auf die Notwendigkeiten und Perspektiven junger Menschen entworfen. Der Bericht setzt Schwerpunkte in den Bereichen Beteiligung junger Menschen und Stärkung der Demokratieförderung zur Bekämpfung demokratiefeindlicher Tendenzen im schulischen und außerschulischen Bereich. Betont wird zudem der Anspruch junger Menschen auf Beteiligung in allen Belangen die ihr Leben betreffen. Dabei soll der Anspruch auf Beteiligung insbesondere auch für vulnerable Gruppen gestärkt werden.

Junge Menschen gehören in den aktuellen Zeiten der Pandemie eindeutig zu den großen Verlierer\*innen. Schon zuvor wurden die Belange junger Menschen unzureichend berücksichtigt. Die Pandemie hat darauf wie in einem Brennglas schmerzhaft den Fokus gelegt. Junge Menschen werden zum einen nur noch als Schüler\*innen mit Lerndefiziten wahrgenommen und andererseits als Kinder, die von im Homeoffice arbeitenden Eltern – in der Regel Mütter – betreut werden müssen. Indes werden sie systematisch benachteiligt. Dies trifft vor allem diejenigen, die Hilfs- und Unterstützungsbedarf haben und es schon vor der Krise schwer hatten: Kinder von Alleinerziehenden, die von Armut betroffenen Eltern, Kinder mit psychischen Schwierigkeiten, solche die von Gewalt bedroht sind, Anschlusschwierigkeiten oder körperliche Einschränkungen haben.

So haben die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie die schon bestehende Chancungleichheit zwischen jungen Menschen aus privilegierten Elternhäusern und solchen, die von sozialer Exklusion bedroht sind, noch weiter verstärkt.

Es wirft Fragen auf, wenn einerseits für die aktuelle Krise schnelle, teure und umfassende Lösungen möglich sind, andererseits aber Maßnahmen gegen die Klimakrise, die Lebenschancen künftiger Generationen beschränkt und bedroht, mit Verweis auf die Kosten nur halbherzig ergriffen werden.

Jungen Menschen wird die Hauptlast der Bewältigung der Zukunftsausgaben mit hoher Staatsverschuldung und Krisenbewältigung durch die Pandemie aufgebürdet und das alles ohne dass sie darüber mitentscheiden dürfen oder auch nur dazu befragt werden.

Die Unterzeichner\*innen dieses Positionspapiers setzen sich aktiv für die Rechte junger Menschen ein, um den berechtigten Forderungen junger Menschen nach mehr Partizipation Gehör zu verschaffen. Wir fordern nicht weniger als einen Paradigmenwechsel: Für echte, weitreichende und fest verankerte Beteiligung; Für ein Grundrecht auf Mitsprache und Mitgestaltung!

Wir wenden uns mit diesem Papier an die Fachwelt der außerschulischen Bildung in Oberbayern, an die politischen Entscheider\*innen und die öffentlichen und privaten Fördergeber\*innen. Wir verstehen es auch als Hilfsmittel für die Behandlung des Themenspektrums in politischen Gremien wie etwa in Jugendhilfeausschüssen.

---

<sup>1</sup> Deutscher Bundestag Drucksache 19/24200 - 19. Wahlperiode 11.11.2020

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter



## 1. Forderung: Ein gemeinsames Grundverständnis für Partizipation etablieren

Partizipation bedeutet teilhaben und aktiv mitbestimmen. Partizipation verlangt gegenseitige Anerkennung und das Aushalten von Differenzen. Partizipation ist nicht nur eine pädagogische Methode, sondern vielmehr eine Haltung und Einstellung, durch welche Menschen sich auf Augenhöhe begegnen. Gute Jugendhilfe/-arbeit ist daher immer partizipative Jugendarbeit.

Es geht bei Partizipation nicht darum, Erwachsene zu entmachten, damit die Macht an Kinder und Jugendliche geht. Vielmehr bedeutet es, die Perspektive von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen und sie als mündige Mitentscheidungsträger\*innen zu akzeptieren. Aufgabe der Jugendarbeit ist es, Freiräume und eine Kultur der Partizipation zu schaffen, in denen Kinder und Jugendliche aktiv ihr eigenes Umfeld mitbestimmen und gestalten. Junge Menschen wollen sich beteiligen, sie wollen gehört werden. Dazu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Echte Beteiligung beginnt im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Alltag. Angelehnt an das Stufenmodell von Liebel (Liebel, 2007)<sup>2</sup> dient Partizipation der Veränderung des Umfeldes mit tatsächlicher Beeinflussung allgemeingültiger Entscheidungen. Dabei ist die Einrichtung eines Jugendparlaments die höchste Form der Partizipation, der viele Schritte vorausgehen müssen.

### Wir fordern:

Die Forderung muss lauten, dass sich Jugendarbeit, -hilfe und -politik intensiv mit dem Thema Partizipation von der Mikroebene des Alltags über die Meso-Ebene der Organisation/Institution bis zur gesellschaftlichen Makroebene beschäftigen müssen. Ziel soll es sein, die eigenen Maßnahmen dahingehend zu überprüfen, an welchen Stellen die Partizipationskultur bereits besteht und an welchen Stellschrauben noch gedreht werden muss, um zufriedenstellende Ergebnisse erreichen zu können.

An die politischen Entscheidungsträger\*innen richten wir die Forderung echte Beteiligung von jungen Menschen zuzulassen, zu fördern und die nötigen Rahmenbedingungen mit der Bereitstellung von Ressourcen (Personal und Finanzen) zu schaffen.

## 2. Forderung: Politische Bildung als Kompetenzvermittlung denken

Politische Bildung und Partizipation müssen nachhaltig in allen Strukturen und Einrichtungen der Jugendarbeit und -hilfe verankert werden. Nur so kann für Kinder und Jugendliche ein verlässliches und selbstbestimmtes Lernfeld geschaffen werden. Für eine diversitäts- und menschenrechtsorientierte politische Bildung müssen neue Wege eröffnet und gegangen werden. Die Barrieren auf dem Weg zu einer inklusiven politischen Bildung müssen abgebaut werden. Demokratie ist nicht nur das Ziel der politischen Bildung, sondern auch ihr Gegenstand. Sie soll gerade in den Kontexten der Sozialisation, in Familie, Schule, Jugendhilfe, Freizeit, Jugendkultur usw., gelebte Praxis sein. Demokratie als Lebensform muss das Ziel und der Auftrag sein. Politische Bildung ermöglicht hierfür den Erwerb von Demokratiegestaltungskompetenz, die dann in allen Lebensbereichen und Lebensabschnitten wirksam wird. Diese Gestaltungskompetenz und die Lust, Demokratie zu mitgestalten und aktiv zu leben, sind das Gegengift gegen Politikverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit.

Politische Bildung verfolgt einen stärken-orientierten Ansatz und unterscheidet sich daher konzeptionell von Prävention. Zugleich sind Partizipation und politische Bildung aber ein unerlässlicher Baustein für die Präventionsarbeit. Die Haltung der politischen Bildung ist eine offene, die sich an den Stärken und Gestaltungswünschen der Kinder und Jugendlichen orientiert. Es geht um Kompetenzvermittlung – nicht (oder nicht nur) um eine reine Wissensvermittlung über Strukturen und Regeln einer Demokratie. Die politische Bildung kann dabei einen besonderen Beitrag leisten indem hier Kompetenzen wie Diskursfähigkeit, Medienkompetenz, Ambiguitätstoleranz, demokratisches Handeln und Entscheiden

<sup>2</sup> Liebel, Manfred (2007): Wozu Kinderrechte. Grundlagen und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa.



und vieles mehr eingeübt und angewendet werden. Zukünftig wird dabei das Thema digitale Jugendarbeit mehr Bedeutung erlangen.

Politische Bildung ohne echte Partizipation ist nicht denkbar. Junge Menschen müssen in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Aufgabe der außerschulischen Bildung ist es, mit besonderer Hinwendung zu vulnerablen Gruppen alle jungen Menschen zu beteiligen.

Junge Menschen haben ein Recht auf politische Bildung. Politische Bildung muss deshalb eine Daueraufgabe sein, fordert die Berichtskommission. Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollten also nicht nur projektbezogen laufen, sondern auch beständig gefördert werden. Im Mittelpunkt müssen die Interessen und das Leben der Kinder und Jugendlichen stehen. Es braucht mehr Vernetzung und Austausch in allen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, um gemeinsam die politische Bildung zu verbessern. (KJB, S.55)“.

Politische Bildung braucht kontinuierliche verlässliche Finanzierung. Finanzstarke Förderprogramme wie Demokratie leben! des BMSFJ sind grundsätzlich als Anschubfinanzierung zu begrüßen. Jedoch braucht Politische Bildung in der Trägerschaft der außerschulischen Bildungsträger\*innen verlässliche und dauerhafte Finanzierungssicherheit. Die deutsche Förderlandschaft ist geprägt von Projektfinanzierungen mit begrenzter Laufzeit, die auf Einmaligkeit beruht. Gefordert werden verlässliche Strukturen, der Aufbau von qualitativ hochwertigen, mit wenig Einstiegshürden verbundenen Trägerlandschaften die nicht von politischen Konjunkturen abhängig sind. So wäre eine feste Ko-Finanzierung durch die EU, den Bund oder das Bundesland für Jugendgremien und -partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene, im schulischen und außerschulischen Bereich ein hoher Anreiz für die lokalen Entscheidungsträger\*innen. Förderung muss sich aber auch an den Bedarfen Jugendlicher orientieren. Einzelne Programme müssen so gestaltet werden, dass Beantragung und Abrechnung für junge Menschen ohne Unterstützung durch hauptamtliches Personal leistbar sind.

Dies dient auch der Qualitätsverbesserung der eigenen Arbeit. Neben der kontinuierlichen Beziehungsarbeit mit verlässlichen Strukturen für die eigene Klientel, steht auch die Gewinnung und Haltung von qualifiziertem Personal, das sich vorrangig um die inhaltliche notwendige Arbeit und nicht um die Erlangung der nächsten Projektförderung müht. Innovatives Arbeiten darf nicht mit persönlichem Risiko verbunden sein. Finanzierungssicherheit ist Qualitätssicherung. Mehr Zeit für Beziehungsarbeit statt Jagd nach Finanzierung. Dabei heißt Regelfinanzierung keineswegs, dass die Qualität der Arbeit sinkt, ganz im Gegenteil. Mit verlässlicher Finanzierung kann die Qualität und vor allem auch die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Klientel gesteigert werden.

Mit der Erlangung von Fördergeldern ist oft auch eine auf mehrere Jahre angelegte verbindliche Planung der Aktivitäten verbunden, die aber gesellschaftliche Entwicklungen vernachlässigt. Schlimmstenfalls wird an den Bedürfnissen junger Menschen vorbeigeplant und agiert. Dennoch gilt das eine zu machen ohne das andere zu lassen: Modellprojektförderung, die eine besondere Ausstattung für innovative Projekte eröffnet, ist gut und wichtig. Sie muss aber durch Kontinuität und Planungssicherheit ergänzt werden. Ein Schlüssel zu einer zukunftsorientierten Jugendhilfeplanung ist es, jungen Menschen und (noch nicht etablierten) Organisationen einen größeren Vertrauensvorschuss entgegenzubringen.

### **Wir fordern:**

Neue Förderprogramme sollen im Dialog entstehen, indem freie Träger\*innen mit der öffentlichen Hand Bedarfe diskutieren und in Förderungen umsetzen. Förderprogramme im Bereich politische Bildung und Förderung von Beteiligung junger Menschen sollen flächendeckend zur Verfügung stehen.

Ein Berichtswesen, das der weiteren Jugendhilfeplanung dient, sollte einen höheren Stellenwert auf die gesellschaftliche Situation und die erzielten Wirkungen der geförderten Maßnahmen richten.

Wir fordern ein agiles Vorgehen seitens der Fördergeber, damit sich Abweichungen in Art, Quantität und zeitlicher Umsetzung, nicht förderschädlich auswirken.



### 3. Forderung: Geschützte Beteiligungsräume

Die spezifischen Erfahrungen und Lebensumstände von jungen Menschen erfordern ein breitgefächertes Angebot der politischen Bildung.

Auf die Bedeutsamkeit von spezifischen Schutz- und Aneignungsräumen wird auch im 16. Kinder- und Jugendbericht immer wieder hingewiesen (KJB, 278): „Auf der Basis eines erweiterten Bildungsbegriffes stellen diese Räume und Strukturen somit nicht nur wichtige Bewältigungs-, Resilienz oder Unterstützungsstrategien dar, sondern können auch als Lern- und Bildungsräume begriffen werden“. Eine Beteiligung daran fordert und fördert eine Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und die Reflexion von vorherrschenden Verhältnissen.“

Im SGB V wird die öffentliche Hand zum sogenannten Diversifikationsgebot verpflichtet, sie hat auf eine vielfältige Trägerlandschaft zu achten die jungen Menschen die Möglichkeit bietet aus verschiedenen Angeboten, das für sie passende auszuwählen.

Besonders schutzbedürftige Gruppen und Jugendliche brauchen ihre eigenen Aneignungsräume. Räume in denen sie sich und ihr Erleben reflektieren können, sich gegenseitig stärken, in einem möglichst angst- und machtfreien Raum Selbstwirksamkeit erfahren und Beteiligung erlernen können.

Das Ziel ist hierbei nicht, in sich geschlossene Gruppen zu schaffen, die mit ihrer Lebenswelt nicht interagieren. Vielmehr gilt es, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, gemeinsam und erstmal nach ihren Spielregeln aktiv zu werden.

#### Wir fordern:

Wir fordern spezifische Projekte für junge Menschen, die von Diskriminierung, Rassismus und sozialer Exklusion betroffen sind.

Wir fordern in der Jugendarbeit Monopole zu verhindern und Wahlfreiheiten zu gewährleisten, dies heißt im Besondern auch auf die Bedürfnisse kleiner selbstorganisierter Träger\*innen Rücksicht zu nehmen.

### 4. Forderung: Trägervielfalt diversitätsbewusst fördern

„Die Bundesregierung stimmt der Empfehlung zu, dass Organisationen von jungen Menschen mit Migrationsbiografen, People of Color und postmigrantischer Akteure als Anbieter vielfältiger politischer Bildungsangebote im Sinne einer pluralen Gesellschaft stärker anerkannt und ausgebaut werden sollten.“ (KJB, S. 10)

Die Bundesregierung verweist darauf, „dass zahlreiche im Bundesprogramm, Demokratie leben!“ geförderte Projekte die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen mit Migrationsbiografen sowie postmigrantischer Akteur\*innen fördern – insbesondere im Themenfeld, Chancen und Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft – Vielfalt und Antidiskriminierung“. Dafür bieten sie den Jugendlichen Räume, sich selbst zu organisieren, sich zu vernetzen und ihre Vorstellungen und Ideen zu artikulieren.“ (KJB, S. 10)

Mit Stand 26.07.2021 weist die Homepage des Bundesprogramms mehr als 570 Projekte aus<sup>3</sup>. Davon befinden sich 34 in Bayern und davon 4 in Oberbayern. Träger\*innen dieser 4 Projekte sind:

<sup>3</sup> [https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden?tx\\_tbsprojektfinder\\_liste%5Baction%5D=list&tx\\_tbsprojektfinder\\_liste%5Bcontroller%5D=Projekt&cHash=192aab72e2dd08fe6e4d2139eb8f2f87](https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden?tx_tbsprojektfinder_liste%5Baction%5D=list&tx_tbsprojektfinder_liste%5Bcontroller%5D=Projekt&cHash=192aab72e2dd08fe6e4d2139eb8f2f87)



1 x bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales  
2 x Landkreis  
1 x eingetragener Verein

Mit dem Verweis auf die Projektförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird die Bundesregierung der Empfehlung der Sachverständigenkommission nach Regelförderung postmigrantischer Akteur\*innen im Regierungsbezirk Oberbayern also nicht gerecht. Wir fordern ein klares Bekenntnis der Zuschussgeber\*innen zur Regelförderung postmigrantischer Akteur\*innen, im Rahmen der politischen Bildung. Das Subsidiaritätsprinzip zu stärken und so eine hohe Trägervielfalt zu gewährleisten sind wichtige Ziele für eine zielgruppenorientierte partizipative Jugendarbeit. Wir unterstützen hier ausdrücklich die Kommission, die in Ihrem Bericht fordert, dass gefestigte Verbandsstrukturen in Deutschland prüfen sollen, wie Sie offener für VJM (Vereinigungen junger Menschen mit Migrationshintergrund) werden können.

### **Wir fordern:**

Somit rufen wir alle Vertretungs- und Dachorganisationen, sowie etablierte Netzwerke in Oberbayern dazu auf, an rassismuskritischen und machtsensiblen Öffnungsprozessen pro-aktiv mitzuwirken, um Jugend(sozial-)arbeit stärker, gemeinsam mit migrationspädagogischen Akteur\*innen zu gestalten.

Als unterzeichnende Organisationen schließen wir uns selbstkritisch in diesen Aufruf mit ein. Wir bieten uns als Netzwerkpartner\*innen für politische Entscheidungsträger\*innen, sozialplanerisch tätige Akteur\*innen, Zuschussgeber\*innen, Projektsteuerungen in den Sozialverwaltungen und Entscheidungsgremien der privatwirtschaftlichen Förderprogramme und Stiftungen an.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, ein Demokratieförderungsgesetz zu verabschieden, um verlässliche Strukturen für eine Bundesförderung zu schaffen und somit den Erhalt und die Förderung einer vielfältigen und pluralistischen Gesellschaft zu gewährleisten.

## **5. Forderung: Politik inklusiv weiterdenken – Demokratie für alle**

„Wir müssen junge Menschen für die Demokratie gewinnen und ihnen das vermitteln, was nötig ist, um aktiv mitzumischen“, mit diesen Worten gab Bundesjugendministerin Dr. Franziska Giffey den 16. Kinder- und Jugendbericht in Auftrag.

Doch was bedeutet „aktiv mitmischen“, wenn die mächtigste und zugleich einfachste Art der politischen Mitgestaltung das aktive und passive Wahlrecht jungen Menschen verwehrt ist?

Der Bedeutungslosigkeit der Jugend für politische Entscheidungen entgegenwirken: Wir leben in einer immer älter werdenden Gesellschaft, dies bedeutet auch der Anteil an jungen Wähler\*innen sinkt und damit steigt das Risiko einer Politik, die sich eher auf die Bedürfnisse älterer Menschen konzentriert. Wir setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein, zum einen um den jungen Menschen mehr Mitspracherechte zu ermöglichen und zum anderen um ihnen möglichst bald Zugang zu echten Beteiligungsmöglichkeiten zu geben (siehe 1. Forderung).

Demokratiedefizite abbauen: 2019 hatten 13,6% aller Einwohner\*innen Bayerns keine deutsche Staatsbürgerschaft, in München sogar 27,5%.

Wir begrüßen deshalb die Initiative, des bayerischen Städtetags sich für ein Wahlrecht für Alle auf kommunaler Ebene stark zu machen. Wir erleben, dass sich junge Menschen - auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft - in Jugendgremien sehr stark engagieren. Dieses Engagement darf nicht enttäuscht



werden, wenn diese jungen Menschen dann kein aktives und passives Wahlrecht haben und sich auch sonst nicht beteiligen können. Die positive Tendenz junger Menschen, sich zugehörig zu fühlen und sich aktiv einzubringen, muss auch im weiteren Feld des politischen Agierens gefördert werden, so dass diese befähigt werden, sich im Alltag und in der Kommune, in den Medien, in kulturellen Feldern und in digitalen Räumen aktiv einbringen zu können.

### **Wir fordern:**

Wir fordern eine demokratische Politik für alle. Diese zu stärken und sie mit möglichst allen jungen Menschen mitzugestalten ist unser Auftrag und unsere Leidenschaft.

Wir bieten alle Entscheidungsträger\*innen an, mit uns diesen Weg zu gehen, mit uns diese Wege im Dialog zu gestalten. Wir freuen uns auf diese Zusammenarbeit.

### **Gezeichnet von:**

#### **Erstunterzeichnende:**

Bezirksjugendring Oberbayern  
IG-InitiativGruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. -  
Kreisjugendring Dachau  
heimaten e.V.  
MIKADO (Jugendkultur und Bildung der IG)

#### **Unterzeichnende:**

MORGEN e.V., Netzwerk Münchner Migrant\*innenorganisationen  
Stadtjugendring Rosenheim  
Kreisjugendring Landsberg/Lech  
Kreisjugendring Traunstein  
SchlaU-Werkstatt für Migrationspädagogik gGmbH  
Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V.  
Kreisjugendring Pfaffenhofen

